

NSA-Ausschuss

Snowdens Anwalt zweifelt

Eine Vernehmung des US-Whistleblowers Edward Snowden in Moskau durch den Parlamentarischen Untersuchungsausschuss ist kaum noch realistisch. Das geht aus einem vierseitigen Schreiben seines deutschen Anwalts Wolfgang Kaleck hervor, das dem SPIEGEL vorliegt. Darin weist der Jurist auf das „Risiko“ hin, das mit einer Aussage Snowdens in Russland verbunden wäre, wo ihm nur ein vorläufiger Asylstatus zuerkannt ist. „Sowohl seine amerikanischen Anwälte als auch ich werden ihm davon abraten müssen“, schreibt Kaleck, „unter den derzeitigen aufenthaltsrechtlichen Bedingungen und Unsicherheiten sich in einer Weise von Moskau aus zu äußern, die seine Situation verschlechtert und seinen Aufenthaltsstatus möglicherweise gefährdet.“ In einer Stellungnahme, die der Berliner Anwalt den Obleuten des NSA-Untersuchungsausschusses vorigen Mittwoch überreichte, wirft Kaleck Fragen auf für den Fall, dass Snowden nach Deutschland käme: So möchte er wissen, ob sein Mandant bei seiner Ankunft mit einer Festnahme rechnen müsse und ob es ein „Auslieferungshindernis“ gebe, da Snowden in den USA eine politische Straftat vorgeworfen werde. Außerdem möchte Kaleck Technisches geklärt haben, etwa „die Zusicherung sicheren Geleites, die ungehinderte Anreise und die ungehinderte Abreise“. Die Ausschussmitglieder verständigten sich darauf, die offenen Fragen des Snowden-Anwalts an die Bundesregierung weiterzuleiten.



Snowden



Bundeswehrsoldaten, Übersetzer

Afghanistan

„Viele Ortskräfte ausgeschlossen“

Die Bundesregierung kommt ihrer Fürsorgepflicht für ehemalige afghanische Mitarbeiter offenbar nur teilweise nach.

„Viele Ortskräfte werden systematisch von Programmen zur geförderten Weiterbildung oder Jobvermittlung ausgeschlossen“ – und dies, obwohl die Helfer jahrelang etwa als Dolmetscher in Kunduz für die Bundeswehr gearbeitet hätten, kritisiert Luise Amtsberg, flüchtlingspolitische Sprecherin der Grünen-Bundestagsfraktion.

Im Fortschrittsbericht Afghanistan hatte die Bundesregierung im Januar angegeben, sie unterstütze „die Weiterbildung und

Vermittlung all jener Ortskräfte, deren Beschäftigung endet und die in Afghanistan bleiben wollen“. Aus der Antwort des Auswärtigen Amts auf eine Anfrage der Grünen-Politikerin geht jedoch hervor, dass mit einer restriktiven Frist gearbeitet wird. Demnach haben Afghanen, die zum Stichtag 23. Mai 2013 nicht mehr beschäftigt waren, kein Anrecht auf Unterstützung. Wegen des bevorstehenden Abzugs aus Kunduz waren zahlreiche Ortskräfte schon zuvor entlassen worden. Einige hatten vor einem Jahr vor dem Feldlager der Bundeswehr demonstriert und gebeten, sie nicht im Stich zu lassen. Jetzt erlebten sie genau das, beklagt die Abgeordnete Amtsberg: „Die Afghanen sind komplett sich selbst überlassen – von Fürsorgepflicht der Bundesregierung keine Spur.“ abe

ten. Nach SPIEGEL-Recherchen ist Snowden derzeit nicht zur Festnahme ausgeschrieben und könnte sich in Deutschland frei bewegen – zumindest so lange, bis die USA einen förmlichen Auslieferungsantrag gestellt haben. Der könnte indes vorliegen, noch bevor Snowden den Flughafenterminal verlassen hat. Der Ausschussvorsitzende Patrick Sensburg (CDU) hatte zuletzt eine Vernehmung per Video in Moskau vorgeschlagen, und zwar in der Botschaft eines Drittlandes. gud, jös

CDU

Streiten oder schweigen?

In der CDU ist ein offener Streit über den richtigen Umgang mit der Anti-Euro-Partei Alternative für Deutschland (AfD) ausgebrochen. CDU-Generalsekretär Peter Tauber warnte in der Präsidiumssitzung am vergangenen Montag davor, die AfD durch eine öffentliche Auseinandersetzung aufzuwerten. „Es hilft nicht, über die AfD zu reden“, sagte Tauber, das würde sie nur stärker ma-

chen. Tauber bezog sich dabei auf mehrere Interviews, die CDU-Politiker wie Sachsens Regierungschef Stanislaw Tillich in der Vergangenheit gegeben hätten. Mehrere Christdemokraten drängen auf einen offenen Diskurs mit der Anti-Euro-Partei. „Wir dürfen uns nicht vor einer engagierten Auseinandersetzung mit der AfD drücken“, sagt der sächsische Fraktionschef Steffen Flath, „wir sollten deren Mitglieder aber auch nicht dämonisieren.“ Ähnlich sieht das der CDU-Fraktionschef von Thüringen,

FOTOS: REUTERS (L.O. + L.U.); CARSTEN REHDER / DPA (R.O.); REX FEATURES / ACTION PRESS (R.U.)

Mike Mohring: „Schweigen ist keine Antwort.“ Sorge herrscht in der Union vor allem vor einem guten Abschneiden der AfD bei den kommenden Landtagwahlen in Sachsen und Thüringen. In beiden Ländern schlossen führende CDU-Politiker jede Kooperation mit ihr aus. „Die AfD ist kein Koalitionspartner“, sagt Thüringens Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht. „Eine Zusammenarbeit ist jenseits jeder Vorstellung“, so Michael Kretschmer, CDU-Generalsekretär in Sachsen. mp

Rüstung Gabriel bewilligt Milliardenexporte

Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) hat in den ersten Monaten seiner Amtszeit umfassende Rüstungsexporte in umstrittene Empfängerländer vorbereitet. Zwischen Januar und April dieses Jahres erteilte der Vizekanzler Einzelausfuhrgenehmigungen im Gesamtwert von knapp 1,2 Milliarden Euro, wie aus einem Schreiben seines Ministeriums an den Linken-Abgeordneten Jan van Aken vom 15. Mai

hervorgeht. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum reduzierten sich damit die Genehmigungen zwar um rund ein Viertel. Allerdings stiegen die Bewilligungen für Exporte an jene kritischen Drittländer, die nicht der EU oder der Nato angehören, auf 649 Millionen Euro. Spitzenreiter unter den Empfängerländern der Exporte ist Singapur, auch Saudi-Arabien sowie das nordafrikanische Algerien gehören zu den Top 10 der Ausfuhrgenehmigungen. Bei dem Export nach Singapur handelt es sich um gebrauchte „Leopard 2“-Kampfpanzer aus Beständen der Bundeswehr. Wirtschaftsminister Gabriel hatte zuletzt mehrfach angekündigt, Exporte von Waffen und Kriegsgerät in Zukunft restriktiver handhaben zu wollen. Das Ministerium weist darauf, dass ein beträchtlicher Teil der Entscheidungen bereits durch Vorgängerregierungen getroffen worden sei. „Öffentlich spielt Gabriel immer den Kritiker von Rüstungsexporten“, sagt van Aken, „ganz praktisch macht er genau das Gegenteil.“ gor

Blick auf Deutschland

Alexis Tsipras, Chef der linken griechischen Oppositionspartei Syriza, in einem Fernsehinterview über die Europawahl, bei der er wegen der Auswirkungen der erzwungenen Sparmaßnahmen einen Sieg seiner Partei prophezeit – und dies als harte Botschaft für Merkel wertet.



„Wenn Merkel 60 Prozent Arbeitslosigkeit in Deutschland geschaffen und 30 Prozent der Bürger aus dem sozialen System ausgeschlossen hätte, dann würde sie aus dem Land mit einem Hubschrauber fliehen müssen.“

Karrieren

„Dreck erkennt man mit Abstand besser“

Susanne Gaschke, 47, ehemalige Oberbürgermeisterin von Kiel, über die Einstellung des Ermittlungsverfahrens gegen sie

SPIEGEL: Die Staatsanwaltschaft hat kürzlich die Ermittlungen gegen Sie eingestellt, nachdem das Landgericht jeden Verdacht einer Vermögensgefährdung zum Nachteil der Stadt Kiel verneint hat. Sie hatten einem Kieler Arzt Teile einer alten Gewerbesteuerschuld erlassen. Wie sehr hat Sie das Verfahren belastet?

Gaschke: Sehr stark. Ich habe die Vorwürfe als absurd empfunden. Ich kannte so etwas nicht, habe mich gefragt: Was soll das? Will mich jemand politisch einschüchtern?

SPIEGEL: Hat sich die Staatsanwaltschaft Ihrer Ansicht nach politisch instrumentalisieren lassen?

Gaschke: Sie ist eine weisungsgebundene Behörde des Landes. Innenminister Andreas Breitner hat im Landtag ausgesagt, er habe dienstlich mit dem Generalstaatsanwalt über mich telefoniert. Mich würden die Gesprächsvermerke dazu interessieren. Unter anderem deswegen will ich umfassende Akteneinsicht.

SPIEGEL: Strafrechtlich haben Sie nichts mehr zu befürchten. Die Kommunalaufsicht hat jedoch festgestellt, dass Ihre Entscheidung in der Sache falsch war. Bleibt also ein Makel?

Gaschke: Der Ministerpräsident und Steuerjurist Torsten Albig hat mir in einer E-Mail mitgeteilt, die Position der Kommunalaufsicht sei „auch nur eine Einschätzung“. Tatsächlich hat sie die Entscheidung ohne jeden Blick auf ihr Zustandekommen geprüft. Sie hat einen relevanten Beschluss der Kieler Ratsversammlung ignoriert. Das Gericht hat zwei nennenswerte Fehler festgestellt. Also: kein Makel. Nur Fragen.

SPIEGEL: Die Stadt glaubt jetzt an eine reelle Chance, die gesamte noch ausstehende Summe eintreiben zu können. Rückblickend betrachtet: Hätten Sie das nicht auch versuchen sollen?

Gaschke: Mein Amtsvorgänger Albig hatte ja den Weg der Vergleichssuche vorgegeben. Alle ihm vorliegenden Argumente schienen später auch mir plausibel.

SPIEGEL: Sie schreiben ein Buch über die Affäre. Wer muss sich in Kiel davor fürchten?

Gaschke: Es steht nur die Wahrheit darin.

SPIEGEL: Hat sich mit zunehmendem Abstand Ihr Blick auf die Auseinandersetzungen verändert?

Gaschke: Ja, ich hatte nicht damit gerechnet, diese abgründige Seite der Politik so intensiv kennenzulernen. Manchen Dreck erkennt man mit Abstand noch besser.

SPIEGEL: Wie gehen Sie heute mit Ihren damaligen Gegnern um? Wie die mit Ihnen?

Gaschke: Zur Amtseinführung meines Nachfolgers wurde ich vorsichtshalber gar nicht erst eingeladen. Albig und Breitner waren da, um ihren ehemaligen Staatssekretär ins Amt zu begleiten. Und es ist auch nichts schiefgegangen, diesmal. amp, gla

